

INTERKOMMUNALER BEIRAT FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

PROTOKOLL DER SITZUNG DES INTERKOMMUNALEN BEIRATES FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

EUTIN, 28. JANUAR 2014, 16:00 UHR - 18:30 UHR KREISHAUS, OLDENBURGER SAAL

TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER:

Vorsitzende: Kathrin Kunkel

Mitglieder: Gabriele Appel, Tanja Gorodiski, Angela Jagenow, Regine Maaß, Lothar Pietsch, Annette Schlichter-Schenck, Carla Schneider, Giesa Wulf, Else von Ludowig

Gleichstellungsbeauftragte: Christine Ewers, Silke Meints

von der Verwaltung: Gabriele Hebel, Jürgen Manitz, Katrin Oyen

Beratendes Mitglied: Sylvia Zanella-Foritto de Belmar

Gäste: Sarah Körth, Kreishandwerkerschaft Ostholstein/ Plön, Herr Haasch, Herr Reinhold

BEGRÜSSUNG DURCH DIE VORSITZENDE

EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Es gab keine Anfragen von Gästen.

TOP 1: NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG VOM 31.10.2013

Es wurde in TOP 3 korrigiert: „Lothar Pietsch übernimmt die Wahlleitung.“ Es gab keine weiteren Beanstandungen.

Frau Schlichter- Schenk merkt an, dass die Anträge der CDU (s.Punkt 5 und 6 der Tagesordnung) thematisch bereits in der Prioritätenliste des Protokolls aufgeführt sind.

Frau Wulf sieht die Anträge als thematischen Schwerpunkt im Rahmen des Demografieberichtes des Kreises Ostholstein.

TOP 2: VERPFLICHTUNG NOCH NICHT VERPFLICHTETER BEIRATSMITGLIEDER DURCH DIE VORSITZENDE

Carla Schneider, Notruf Ostholstein und Else von Ludowig, Kreislandfrauenverband werden durch die Vorsitzende verpflichtet.

TOP 3: KURZBERICHT VON REGINE MAAß ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESFRAUENRATES „SCHLESWIG-HOLSTEIN GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN“

Ausgangspunkt für den Beschluss des Landesfrauenrates Schleswig Holstein e.V. war ein Kongress über die Zukunft in Schleswig Holstein, der im Juni 2013 im Rahmen der Landesentwicklungsstrategie mit 120 zufällig ausgewählten BürgerInnen stattfand. Dabei entstand ein „Aufgabenheft 2030“, an dem Vertreterinnen des Landesfrauenrates beteiligt waren. Das Aufgabenheft wurde dem Ministerpräsidenten Torsten Albig am 17.1.2014 übergeben. Dabei sagte der Ministerpräsident zu, Punkte aus dem Papier des Landesfrauenrates zu übernehmen.

Nach dem neuen Landesplanungsgesetz ist Schleswig-Holstein in drei Planungsräume aufgeteilt. Es sollen in Regionalkonferenzen in Schleswig (26.März 2014), in Kiel (2. April 2014) und in Itzehoe (3. April 2014) Szenarien und Zukunftsbilder zu Schleswig-Holstein im Jahr 2030 entwickelt werden. Der Kreis Ostholstein gehört zum Planungsraum Itzehoe.

Es werden Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie von Sozial-Natur- und Umweltverbänden und aus der Zivilgesellschaft eingeladen. Frau Maaß will an der Konferenz in Itzehoe teilnehmen.

Anprechpartner für die Regionalkonferenzen ist Frank Liebreuz, frank.liebreuz@stk.landsh.de

Link: http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/AktuelleProjekte/Landesplanungsgesetz/Landesplanungsgesetz_node.html

TOP 4: AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS AUF DIE SITUATION VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN – DISKUTIEREN VON HANDLUNGSSCHWERPUNKTEN AUF GRUNDLAGE DES DEMOGRAFIEBERICHTES DES KREISES OSTHOLSTEIN

Frau Oyen stellt den aktualisierten „Demografiebericht des Kreises Ostholstein 2013“ vor. Der Bericht liegt den Beiratsmitgliedern vor.

Die in dem Bericht vorgestellten Daten beruhen auf mathematischen Berechnungen, die auf eine Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung verweisen und unabhängig von dem in die Kritik geratenen Zensus sind.

Auffällig ist, dass sich für Lensahn ein positiver Wanderungssaldo ergibt. Die Gründe dafür sollten genauer betrachtet werden. Die dort ansässige Waldorfschule und günstiger Wohnraum könnten u.a. Erklärungen sein.

Leider fehlt in dem Bericht eine differenzierte Aufschlüsselung z.B. nach Zuzug von Familien, Alleinerziehenden, Männern, Frauen.

Einig sind sich alle Teilnehmenden, dass Familienfreundlichkeit höchste Priorität haben sollte, um der Überalterung entgegen zu wirken. Das bedeutet ausreichend und ortsnahe Kitas mit bedarfsorientierten Betreuungszeiten, Attraktivität des Erzieherberufes auch für Männer (Bezahlung, Vollzeitbeschäftigung, Werbung in den Schulen auch im Rahmen der Praktika). Die EU-Vorgabe zur Barrierefreiheit unterstützt die Forderung nach Familienfreundlichkeit. Es müssen ausreichend und gute Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten und Stellenangebote für junge Menschen und Fachkräfte vorgehalten werden. Familien müssen die Möglichkeit haben, durch entsprechende Arbeit ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern.

Es gibt kaum Stellen für qualifizierte Frauen. Teilweise sind fehlende sanitäre Anlagen für Frauen in den Betrieben und Vorurteile der Eltern ein Hinderungsgrund, damit junge Frauen einen Ausbildungsplatz in männerdominierten Berufen annehmen. Grundsätzlich sind die Betriebe durchaus bereit, Frauen auszubilden.

Ganz zentral gehören Mobilität und der ÖPNV zu einer familienfreundlichen Region (Stichworte: Anrufbus und Bürgerbus).

Die Passfähigkeit von Infrastrukturen muss gegeben sein. Infrastrukturangebote sollten vorrangig im sozialen Nahraum verankert und verfügbar sein. Eine zuverlässige Grundversorgungsinfrastruktur und guter bezahlbarer Wohnraum machen ländliche Räume auch für Familien attraktiv.

Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, ziehen junge Menschen aus dem Kreisgebiet weg bzw. kommen gar nicht erst her.

TOP 5: GEBURTENSTATION SANA-KLINIK OLDENBURG IN HOLSTEIN - ANTRAG DER CDU-FRAKTION AUF AUFNAHME IN DIE TAGESORDNUNG

Frau Hebel stellt sich als Fachbereichsleiterin des FB Sicherheit und Gesundheit vor. Sie bezieht sich auf den Antrag der CDU und erläutert zu den Hintergründen.

2004 sollte bereits die Geburtshilfe zentralisiert werden, da die Geburtenzahlen erheblich gesunken waren. Mitte der 90er Jahre gab es noch 700 Geburten, 2004 waren es 416 und 2013 liegt die Geburtenzahl der Sana-Klinik Oldenburg bei 242.

Rechtlich hat der Kreis Ostholstein keine Möglichkeiten in die Krankenhausplanung einzugreifen. Zuständig sind neben der Sana-Klinik das Sozialministerium und die Krankenkassen.

INTERKOMMUNALER BEIRAT FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OST-HOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

Die Grundsätze der Krankenhausplanung des Landes Schleswig-Holstein weisen ausdrücklich darauf hin, dass zur Sicherung einer flächendeckenden und wirtschaftlichen gesundheitlichen Versorgung in ländlichen Regionen ein ausreichender Versorgungsumfang erhalten bleiben muss.

Die Beiratsmitglieder betonen, dass besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einem damit einhergehenden Geburtenrückgang und Fachkräftemangel es unerlässlich ist, dass sich junge Familien auch im ländlichen Nordkreis ansiedeln. Dafür müssen entsprechende Rahmenbedingungen vorliegen, die eine familienfreundliche Umgebung garantieren.

Dazu gehört die verlässliche Vorhaltung einer wohnortnahen Geburtsstation mit Sicherstellung einer angemessenen medizinischen Qualität und Versorgung.

Es ist unzumutbar, dass schwangere junge Frauen mehr als 75 km von Fehmarn nach Eutin fahren müssen.

Ein wichtiger Handlungsschwerpunkt, der sich aus dem Demografiebericht ergibt, ist dem Geburtenrückgang entgegen zu wirken. Die drohende Schließung der Geburtsstation in Oldenburg würde diesem Ziel entgegen stehen.

Auf dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kann Wirtschaftlichkeit kein alleiniges Kriterium sein.

Gleichzeitig ist es notwendig, medizinisches Personal mit ihren Familien durch eine familienfreundliche Infrastruktur in die Region zu ziehen.

Beschluss:

Der Beirat beschließt einstimmig, an den Sozialausschuss für die Sitzung am 25. Februar 2014 zum TOP „Erhalt der Geburtshilfestation in der Sana-Klinik Oldenburg“ einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Der Ausschuss für Soziales, Sicherheit und Gesundheit wird aufgefordert, sich nachdrücklich für den Erhalt der Geburtsstation der Sana-Klinik in Oldenburg einzusetzen.

Eine Kopie des Antrages erhalten die Fraktionen, die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Frau Alheit, die Geschäftsführung der Sana-Kliniken Ostholstein und die Presse.

Frau Kunkel nimmt für den Gleichstellungsbeirat an der Sitzung des Sozialausschusses am 25. Februar teil.

Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt .

TOP 6: FACHKRÄFTEMANGEL IM BEREICH DER KINDERTAGESSTÄTTEN-MEHR MÄNNER IN KITAS - ANTRAG DER CDU-FRAKTION AUF AUFNAHME IN DIE TAGESORDNUNG

Frau Wulf stellt den Antrag der CDU vor: Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr und dem Ausbau der Kindertagesstätten in Schleswig Holstein besteht in den kommenden Jahren Bedarf an gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und den Kindern beste Grundlagen und Entwicklungsbegleitung zu bieten, sollen mehr Männer für den Erzieherberuf geworben werden.

Problematisch ist, dass die schulische Ausbildung zum Erzieher/ zur Erzieherin selbst bezahlt werden muss und die Finanzierung des 3. Ausbildungsjahres geklärt sein muss. ErzieherInnen arbeiten oft in Teilzeit. Das Einkommen reicht deshalb und wegen der Eingruppierung der Erzieher/Erzieherinnen für die wirtschaftliche Absicherung einer Familie nicht aus. Für Männer ist der Beruf aus einem traditionellen Rollenverständnis heraus aus diesen Gründen unattraktiv.

Auch die ErzieherInnenausbildung und die Tätigkeitsfelder in den Kitas müssen sich mehr an Männern orientieren. Die Erzieherfachschule in Lensahn plant, dies zu berücksichtigen.

Es gibt in Lübeck ein Modellprojekt, um junge Männer für den Erzieherberuf zu gewinnen.

Weitere Informationen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Männliche Fachkräfte in Kindertagesstätten, Eine Studie zur Situation von Männern in Kindertagesstätten und in der Ausbildung zum Erzieher.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gleichstellungsbeirat bittet die Schulaufsicht im Kreis Ostholstein in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten dafür zu werben, dass verstärkt Kooperationen zwischen Schulen und Kindertagesstätten abgeschlossen werden mit dem Ziel, Jungen das Berufsfeld der Erzieherinnen und Erzieher zu öffnen.

Begründung:

Der Anteil von männlichen Fachkräften in Kindertagesstätten in Ostholstein beträgt 2,6 % (Stand 31.12.2013). Er liegt unter dem Bundes-(mit 3,2 %) und Landesdurchschnitt (mit 3,8%).

Mädchen und Jungen brauchen männliche wie weibliche Vorbilder. Von der Bundesregierung beauftragte Untersuchungen haben ergeben, dass männliche Fachkräfte in Kindertagesstätten von Trägern, Leitungen und Eltern sehr geschätzt sind.

Neben gleichstellungspolitischen Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit von Frauen richtet sich die Politik zunehmend an Männer und Jungen mit dem Ziel, Ihnen jenseits traditioneller und einengender Rollenbilder neue Perspektiven und Lebensentwürfe zu eröffnen.

Ein Handlungsfeld ist die Berufsorientierung im Rahmen der Schulen. Schulpraktika und Aktionen wie der Boy's Day können Schülern Einblicke in die Erzieherinnen und Erzieher Tätigkeit ermöglichen.

TOP 7: MITTEILUNGEN, ANFRAGEN, VERSCHIEDENES

- Die nächsten Termine des Gleichstellungsbeirates sind am 17. März und 20. Mai jeweils um 16:00 Uhr
- Der Beirat beschließt einstimmig, dass die Vorsitzende an den Sitzungen des Hauptausschusses (4. Februar), Jugendhilfeausschuss (11. Februar) und Sozialausschuss (20. Februar) teilnehmen kann.
- Regine Maaß will die Vorsitzende und die Gleichstellungsbeauftragten bei der Pressearbeit unterstützen
- Frau Ewers verteilt das Seminarprogramm Januar - Juni 2014 für berufstätige Frauen der Kreishandwerkerschaften Ostholstein/Plön
- Ein TOP der nächsten Sitzung soll die Erarbeitung einer Struktur für die Sitzungen des Beirates sein. (Stichworte: Wie wollen wir miteinander arbeiten?, Arbeitsgruppen, kurzer Bericht der Vorsitzenden zu den Ausschüssen und der Verwaltung (der Gleichstellungsbeauftragten), Bericht aus den Frauenprojekten, spezifische Auswirkungen auf Frauen und Männer anhand der Themen abgleichen, Beschlussvorschläge einbringen, Zeitstruktur)

18:30 Ende

Angela Jagenow
Schriftführerin

Anlage 1: Antrag an den Sozialausschuss zu TOP 5